

Über 3000 Bürger gegen lange Leitung

Interessengemeinschaft Vorsicht Hochspannung will 60 Kilometer Freileitung stoppen

Von Sabine Hildebrandt

Colnrade. Hiltraud Lindemann ist sauer: Mitten durch die Gemeinde Colnrade soll eine Freileitung gespannt werden. In unmittelbarer Nähe stehen Wohnhäuser und landwirtschaftliche Betriebe. Auf den Flächen, die zum Teil im Naturpark „Wildeshauser Geest“ liegen, werden dann 65 Meter hohe Strommasten stehen - wenn es nach dem Willen des Netzbetreibers Eon geht. Dieser hat vor, zwischen Ganderkesee (Landkreis Oldenburg) und St. Hülfe (Landkreis Diepholz) eine 380 KV-Freileitung auf einer Strecke von über 60 Kilometer Länge zu bauen.

Massive Gegenwehr kommt von den betroffenen Anwohnern, darunter viele Landwirte wie die Lindemanns. „Es geht uns um den Erhalt der Kulturlandschaft. Für die geplante Freileitungsstrasse gibt es technische Alternativen, die machbar sind“, sagte Hiltraud Lindemann, die außerdem Bürgermeisterin in der 812-Einwohner-Gemeinde Colnrade ist.

Als die Pläne im Herbst 2004 öffentlich wurden, gründete sich die „Interessengemeinschaft Vorsicht Hoch-

spannung“. Inzwischen sind dort 3150 Mitglieder verzeichnet, die sich gegen die Freileitung aussprechen. Für die Einwohner in Beckstedt, Colnrade, Austen, Eydelstedt, Harpstedt, Winkelsett, Ganderkesee, Wehrkamp und drum herum ist klar: „Freileitung, nein Danke!“ Die ersten Pläne sahen vor, dass die Leitung direkt an der Wohnbebauung in Beckstedt vorbei geht. „Das Konfliktpotenzial der ursprünglichen Antragstrasse war so hoch, dass Proteste geradezu provoziert wurden“, erinnerte sich die Bürgermeisterin.

Unterstützung bekommen sie von vielen Seiten. Politiker engagieren sich ebenso wie die evangelisch-lutherische Landeskirche Niedersachsen, Naturschutzverbände, Kommunen und das Landvolk Mittelweser. Von einigen Landes- und Bundespolitikern fühlen sie sich allerdings nicht richtig vertreten. „Die Entscheidungsträger der CDU im Landtag reagieren in keiner Form auf unseren Protest.

Dort wäre man in der Lage, das Raumordnungsverfahren für die geplante Trasse auszusetzen, bis die nötigen gesetzlichen Grundlagen für eine Erdverlegung geschaffen wären“,

sagte Kai Pfänder, Sprecher der Interessengemeinschaft.

Worum geht es der Interessengemeinschaft?

Sie fordert, dass statt der Freileitung eine Erdverkabelung erfolgt. Dafür sprechen aus ihrer Sicht zahlreiche Gründe. Die Einwohner befürchten ein erhöhtes Krebsrisiko durch die Strahlung. Der Strahlenschutzwert, der in Mikrotesla gemessen wird, beträgt in Deutschland 100, in anderen europäischen Staaten aber nur zwei. Der internationale Vorsorgewert liegt bei 0,2 Mikrotesla. Dazu Pfänder: „In Bremen gilt ein gesetzlicher Grenzwert von 0,3 Mikrotesla und in Nordrhein-Westfalen besteht ein entsprechender Abstandserlass für Hochspannungsleitungen zu bewohnten Gebäuden. Nur in Niedersachsen gibt es diesen Erlass nicht, und man orientiert sich nach dem völlig veralteten Grenzwert von 100 Mikrotesla.“ Von den Freileitungen gehe außerdem eine hohe Geräuschbelastung aus.

Mit Sorge betrachteten die Anwohner außerdem die Vorfälle im Münsterland im vergangenen November. Damals knickten Strommasten wie



Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann

Streichhölzer um, tagelang gab es Ausfälle. Volkswirtschaftlichen Schaden richten die Masten nach Meinung der Initiative besonders im ländlichen Raum an. „Immobilien, die in der Nähe der Freileitung stehen, unterliegen einer hohen Wertminderung.“ Bedroht sehen sie außerdem den aufkeimenden Tourismus in der „Wildeshauser Geest“ und viele Tierarten, die dort ihren Lebensraum verlieren. „Wo einmal eine Trasse ist, kommen leicht weitere Freileitungen dazu.“

Der Energieversorger Eon argumentiert damit, dass eine Erdverkabelung zehnmal teurer als eine Freileitung sei. Dem widersprechen die Gegner: „Ein Gutachten hat ergeben, dass die Kosten zwischen dem zwei- bis fünf-

fachen liegen. Dabei sind aber nur die betriebswirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt worden. Die volkswirtschaftlichen Schäden fanden keine Berücksichtigung.“

Das Landvolk Mittelweser verweist in seiner Stellungnahme auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes Kassel, wonach Mehrkosten in Abwägung mit naturschutzrechtlichen Belangen hingenommen werden müssen. „Dies gilt umso mehr als die Mehrkosten für das Energieversorgungsunternehmen tragbar sind und ohnehin auf die Netzkosten umgelegt werden.“

Ursula Helmhold, stellvertretende Vorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, legte im Januar einen Entschließungsantrag vor. Darin fordert sie die unterirdische Verlegung der Hochspannungsleitung, was ja auch „ausdrückliches Ziel der Landesraumordnung ist.“

Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann sieht trotz des langen Kampfes noch Licht am Ende des Tunnels. Sie fordert: „Die Frage der Entschädigung darf von keinem Beteiligten thematisiert werden, weil damit die Freileitung akzeptiert wird. Das kann nicht gewollt sein. Das Ziel sollte sein, die landwirtschaftlichen Flächen und Höfe zu erhalten und deshalb erwarten wir eine deutliche Positionierung im Sinne der Interessengemeinschaft.“

Eine Gemeinde kämpft:
NEIN zur
E.ON 380.000 Volt
Hochspannungsleitung!!!

A photograph of a white sign on a black metal stand in a grassy field. In the background, there is a large, multi-story house with a brown roof and a chimney, surrounded by trees and a fence. The sky is overcast.